



Presseschau vom 14.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

unsere-zeit.de: **Ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt**

In einer Situation militärischer Eskalation und Weltkriegsgefahr gibt sich ein Teil der Menschen nicht mit dem medialen Einheitsbrei zufrieden. Die DKP Karlsruhe lud im Vorfeld des Kampftags der Arbeiterklasse ein, die richtigen Fragen zu stellen. Alte Bekannte und neue Interessierte aller Generationen kamen und verschafften sich mehr Orientierung in schwierigen Zeiten. Wir dokumentieren in redaktioneller Bearbeitung Auszüge aus dem Referat von *Hans-Peter Brenner*. ...

<https://www.unsere-zeit.de/ein-geopolitischer-dreh-und-angelpunkt-168909/>

de.rt.com: **EU-Parlamentarierin Tatjana Schdanok in Riga festgenommen**

Die Europaabgeordnete Tatjana Schdanok wurde mitten im Zentrum Rigas festgenommen – einzig deshalb, weil sie gegen den drohenden Abriss eines Denkmals für die Befreier Rigas demonstriert hatte. In Lettland wie in den anderen baltischen Staaten kommt es derzeit zu immer schärferen Repressionen gegen den russischsprachigen Teil der Bevölkerung. Verhaftungen und andere Strafen wegen pro-russischer Bekundungen sind an der Tagesordnung. ...

<https://kurz.rt.com/2ysf> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **140.000 Jahre Ukraine? – Russischer UN-Botschafter über Absurditäten des ukrainischen Bildungswesens**

Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, hat im UN-Sicherheitsrat die aktuellen Bildungsprogramme der Ukraine thematisiert. Der Geschichts- und Geografieunterricht treibt dort seltsame Blüten. Staatlicherseits wird eine nationalistische Umschreibung der euroasiatischen Geschichte betrieben. ...

<https://kurz.rt.com/2yq4> bzw. [hier](#)

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **NATO-oliv-Habeck wird Deutschland ruinieren**

Der untauglichste Wirtschaftsminister aller Zeiten erweist sich nur als 'nützlicher Idiot' der USA – und treibt Deutschland in die Armut. So ist der Ruin vorprogrammiert: Denn der Vizekanzler kompensiert die ihm gänzlich abgehende Fachkompetenz für das von ihm verantwortete Schlüsselressort mit allerhand Versprechungen, die fatalerweise jedoch jeglicher Grundlage entbehren. ...

<https://kurz.rt.com/2ys0> bzw. [hier](#)

Wang Yiwei, Liao Huang: **Chinesische Experten: Ukraine-Konflikt zeigt Krise westlicher Expansion**

Chinesischen Experten zufolge spiegelt der Ukraine-Konflikt die Expansionskrise eines zwiespältigen Westens wider. Der Westen könne nur Gleichartiges akzeptieren – alles Andersartige versuche er entweder zu assimilieren oder betrachte es als Feind, den es zu beseitigen gelte. ...

<https://kurz.rt.com/2yka> bzw. [hier](#)

Irina Taran, Maxim Lobanov, Alexey Latischev: **Analyse: Wie Russland auf Finnlands Pläne zum NATO-Beitritt reagiert**

Russland sieht das Vorrücken der NATO an seine Grenzen als Bedrohung an. Nicht anders stellt sich dies aktuell mit der angebahnten Mitgliedschaft Finnlands in dem nordatlantischen Militärbündnis dar. Diplomatische, wirtschaftliche und militärische Gegenmaßnahmen sind derzeit in der Ausarbeitung. ...

<https://kurz.rt.com/2ytb> bzw. [hier](#)

Tina Kandelaki: "Batman" boykottiert Russland – Pech für ihn

Hollywood "bestraft" das russische Publikum, indem es sich weitgehend vom russischen Markt zurückgezogen hat. Die Medienmanagerin und TV-Produzentin Tina Kandelaki sieht darin eine Chance für die heimische Kinoindustrie. ...

<https://kurz.rt.com/2ylv> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:10 de.rt.com: Bericht: Deutschland erwägt Übergabe des Flugabwehrsystems IRIS-T SLM an die Ukraine

Der Bundessicherheitsrat (BSR) prüft einem Bericht der Bild-Zeitung zufolge derzeit die Möglichkeit, das Flugabwehrsystem [IRIS-T SLM](#) an die Ukraine zu liefern. Nach Angaben des Mediums könnte das vom deutschen Rüstungsunternehmen Diehl Defence hergestellte [Luftabwehrsystem](#) ab November in der Ukraine eingesetzt werden.

Sobald Berlin der Lieferung von IRIS-T SLM an Kiew zustimme, könne mit der Ausbildung des Militärpersonals für den Einsatz des Systems in Deutschland begonnen werden, hieß es in dem Bericht ferner. Demnach sei die Ukraine am Kauf von insgesamt zehn solcher Luftabwehrsysteme interessiert. Sie sollen innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre hergestellt werden können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627ea9da48fbef327f65c3ca.jpg>

21:35 de.rt.com: US-Kongress verzögert 40-Milliarden-US-Dollar-Hilfspaket für die Ukraine

Ein US-Senator hat die eilige Verabschiedung eines Hilfspakets für die Ukraine im Gesamtwert von 40 Milliarden US-Dollar im US-Senat blockiert. Grund sei sein Streben, eine Ergänzung über eine Kontrollinstanz in das Gesetzesprojekt aufzunehmen, die von beiden US-Parteien jedoch abgelehnt wird.

Der Plan der USA, der Ukraine im Konflikt mit Russland zusätzliche Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von fast 40 Milliarden US-Dollar zukommen zu lassen, ist ins Stocken geraten. Der US-Senator Rand Paul blockierte eine schnelle Abstimmung über die Finanzierungsvorlage und verzögerte die Verabschiedung wahrscheinlich bis mindestens nächste Woche.

Paul stellte sich am Donnerstag einem Antrag der Senatsführung in den Weg, dem Projekt die " einstimmige Zustimmung " zu erteilen – eine Bestimmung, die es ermöglicht, Gesetzentwürfe mit starker parteiübergreifender Unterstützung ohne Debatte im Schnellverfahren zu

verabschieden. Der ehemalige US-Präsidentschaftskandidat sagte, er würde eine schnelle Abstimmung nur dann zulassen, wenn der Gesetzentwurf dahingehend überarbeitet würde, dass er die Ernennung eines speziellen Generalinspektors vorsieht, der die Verwendung des massiven Hilfspakets überwachen soll. Dies ist eine Forderung, die der Mehrheitsführer im Senat Chuck Schumer nicht erfüllen wollte.

Schumer behauptete, Washington habe eine "moralische Verpflichtung", der Ukraine in ihrem Kampf gegen den "unmoralischen Krieg" des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu helfen. Er sagte, Pauls Aufsichtsklausel werde von Demokraten und Republikanern gleichermaßen stark abgelehnt. Der Mehrheitsführer hob hervor:

"Es gibt jetzt nur noch eine Sache, die uns zurückhält: Der Junior-Senator aus Kentucky verhindert eine rasche Verabschiedung der Ukraine-Hilfe, weil er in letzter Minute seine eigenen Änderungen direkt in den Gesetzentwurf einfügen will".

"Alles, was er erreichen wird, ist, dass er im Alleingang die dringend benötigte Ukraine-Hilfe verzögert."

Der Führer der Minderheit im Senat, Mitch McConnell, drängte ebenfalls auf eine sofortige Abstimmung über den Gesetzentwurf, der am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit im US-Repräsentantenhaus verabschiedet wurde. Er rief dazu auf, über Pauls Änderung als Änderungsantrag abzustimmen, was wahrscheinlich scheitern und den Weg für die Verabschiedung des Hilfspakets freimachen würde.

Paul bestand darauf, dass sein Vorschlag dem Gesetzentwurf hinzugefügt wird, was zur Folge hätte, dass das überarbeitete Gesetz nach der Verabschiedung durch den US-Senat noch einmal im US-Repräsentantenhaus abgestimmt werden müsste. Er wies darauf hin, dass sich die Gesamthilfe der USA für die Ukraine seit Beginn des Konflikts im Februar auf 60 Milliarden US-Dollar belaufen würde, fast so viel wie Russland jährlich für seinen gesamten Verteidigungshaushalt ausgibt.

Der US-Senator wies darauf hin, dass die USA die Kriegsanstrengungen der Ukraine mit geliehenem Geld finanzieren würden, was die Schulden Washingtons in Höhe von 30 Billionen US-Dollar erhöhen und die Inflationskrise verschärfen würde. Er hob hervor:

"Die US-Amerikaner spüren den Schmerz, und der Kongress scheint darauf bedacht zu sein, diesen Schmerz noch zu verstärken, indem er so schnell wie möglich mehr Geld zum Fenster hinauswirft."

"Mein Amtseid gilt der US-Verfassung, nicht irgendeiner fremden Nation, und egal, wie sympathisch die Sache ist, mein Amtseid gilt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir können die Ukraine nicht retten, indem wir die US-Wirtschaft gefährden."

Die Hilfsvorlage wurde im US-Repräsentantenhaus mit Unterstützung aller Demokraten und fast aller Republikaner, bis auf 57, angenommen. Das Paket würde mehr als das Doppelte des Gesamtbetrags ausmachen, der im Jahr 2021 an die zehn größten Empfänger von US-Auslandshilfe gezahlt wurde. Diejenigen, die sich gegen das Gesetz aussprachen, wie die Abgeordnete Marjorie Taylor Greene, wurden beschuldigt, "Putins Propaganda" zu verbreiten. Paul betonte, die USA versuchten immer noch, sich finanziell von den Schulden in Höhe von 1,6 Billionen US-Dollar zu erholen, die für die Kriege im Nahen Osten ausgegeben wurden, und von den fünf Billionen US-Dollar, die zur Finanzierung der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie aufgenommen wurden. Der US-Senator stellte fest:

"Wir sollten nicht vergessen, dass die Sowjetunion zu einem großen Teil zusammenbrach, nicht weil sie militärisch besiegt wurde, sondern weil ihr das Geld ausging."

"Werden wir die USA in dem Versuch, die Ukraine zu retten, einer solchen Zukunft ausliefern?"



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e6f3f48fbef62240dcdf1.jpg>

22:00 de.rt.com: **Pentagon warnt vor möglicher Aussetzung von Waffenlieferungen an die Ukraine**

Laut Pentagon könnten die US-Waffenlieferungen an die Ukraine vorübergehend ausgesetzt werden, sollte der US-Senat nicht rechtzeitig einen Gesetzentwurf zu neuen Hilfen für Kiew verabschieden. Bei einer Pressekonferenz am Freitag in Washington forderte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, den Senat auf, das knapp 40 Milliarden US-Dollar schwere Hilfspaket für die Ukraine bis zum 19. Mai zu verabschieden. Somit könne eine mögliche Unterbrechung der Militärhilfen für die ukrainischen Streitkräfte vermieden werden. Er sagte:

"Wenn wir diese Befugnisse nicht bald bekommen, könnte es zu einer Blase kommen, einer Zeit, in der nichts geliefert wird. Und das wollen wir unbedingt vermeiden."

Laut Kirby sollen der Behörde bis zur Genehmigung neuer Hilfgelder nur noch etwa 100 Millionen US-Dollar für Kiew zur Verfügung stehen.

Zuvor hatte das US-Repräsentantenhaus das von Präsident Joe Biden vorgelegte Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von insgesamt 39,8 Milliarden US-Dollar gebilligt. Am Vortag war der Gesetzentwurf jedoch von dem republikanischen Senator Rand Paul aus Kentucky blockiert worden. Paul bemängelte das Dokument wegen unzureichender Kontrolle über die Verwendung der Mittel und forderte Änderungen zu dem Entwurf, um diese zu verschärfen. Washington dürfe nicht leichtfertig Geld für die "Rettung der Ukraine" ausgeben und damit die US-amerikanische Wirtschaft gefährden. Diese sei durch Staatsverschuldung, Inflation und den Zusammenbruch des US-Dollars ohnehin bereits bedroht, argumentierte der Senator.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627eb74ab480cc41b53426d2.jpg>

22:12 de.rt.com: **Die Schlangeninsel – der Schlüssel zum wichtigsten Marinestützpunkt der Ukraine**

Eine Analyse von Alexander Sladkow

Die strategisch wichtige Schlangeninsel im Schwarzen Meer bleibt ein bedeutendes und umkämpftes Symbol. Die Insel geriet gleich zu Beginn des Krieges in russische Hand. Berichte beider Seiten hatten zuletzt schwere Gefechte um die Schlangeninsel nahegelegt. Eine Insel ist während der Kampfhandlungen fast immer ein Brückenkopf. Wenn wir von der Schlangeninsel sprechen, ist sie der Schlüssel zu Odessa. Die Bestätigung dafür ist die große Aufmerksamkeit seitens des russischen Kommandos gleich am ersten Tag der speziellen Militäroperation.

Die Insel wurde eingenommen, von Kiew wurde das schmerzhaft zugegeben, mit dem Hinweis, die Garnison der Schlangeninsel sei heldenhaft gefallen. Es zeigte sich dann, sie war nicht gefallen, sondern überlebte und ergab sich sogar freiwillig der russischen Schwarzmeerflotte.

Danach beruhigte sich die Lage, die Garnison der Schwarzmeerflotte kontrollierte diesen Landbrückenkopf in der Region Odessa. Und dann, im festen Selbstvertrauen, begannen die ukrainischen Streitkräfte mit der Erstürmung, denn sie hatten beschlossen, dass der Zeitpunkt im Zusammenhang mit der sich hinziehenden Konfrontation in Charkow, Saporoschje und Donezk am günstigsten war. Allerdings stellte sich heraus: Wenn die Rede davon ist, was unbedingt zu Russland gehören sollte, dann kann unter den gegenwärtigen militärischen Verhältnissen es Russland niemand wegnehmen.

Die Ukrainer versuchten auf der Schlangeninsel eine Luftlandung und eine Marinelandung, verloren Flugzeuge und Hubschrauber, 30 Drohnen (darunter Bayraktar), drei gepanzerte Angriffsboote. 50 Kampfschwimmer wollten landen, Marinekämpfer – die russischen antisubversiven Kräfte und Mittel haben tadellos gearbeitet.

Die Schlangeninsel hat eine große Bedeutung. Erinnert euch an die Insel Sommers im Finnischen Meerbusen während des Großen Vaterländischen Krieges – ihre Geschichte war für uns tragisch. Die finnische Marine hat die sowjetische Garnison von [der Insel] Sommers weggefeht. Wir führten eine Marinelandung durch, die Finnen vernichteten diese. Die Insel erwies sich als äußerst wichtig. Historiker behaupten, wenn es gelungen wäre, Sommers zu halten, dann hätte es keine Blockade von Leningrad gegeben.

Es gibt solche Inseln, die zu entscheidenden Brückenköpfen werden. In Leningrad haben wir uns behauptet, damals hatten wir einen gemeinsamen Feind – den Faschismus. Wir besitzen jetzt die Schlangeninsel und werden sie nicht mehr hergeben, und Odessa wird auch [wieder]

unser sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627eadaa48fbef616a5d56a1.jpg>

22:25 de.rt.com: **Transnistrien: Zwei Anschlagversuche in Hauptstadt Tiraspol**

In der international nicht anerkannten moldawischen Republik Transnistrien hat es nach Behördenangaben zwei Anschlagversuche in der Hauptstadt Tiraspol gegeben. Wie das Pressezentrum des Innenministeriums der Republik Transnistrien mitteilte, haben Unbekannte in der Nacht zum Freitag versucht, ein Öldepot und ein militärisches Registrierungs- und Rekrutierungsbüro in Tiraspol in Brand zu setzen.

So hielt gegen 04:15 Uhr ein Auto vor einem Öllager einer Firma, ein Eindringling stieg aus, warf eine Flasche mit Brandsatz in Richtung der Anlage und flüchtete. Dabei geriet jedoch nur das Gras in Brand, das Feuer konnte schnell gelöscht werden. Etwa eine halbe Stunde später wurden auch zwei Molotow-Cocktails auf das Gebäude eines Militärbüros geworfen. Einer flog auf den Bürgersteig, der andere blieb in den Gitterstäben des Fensters stecken. Das Sicherheitspersonal löschte das Feuer schnell.

"An beiden Orten gab es weder Schäden noch Verletzte. Die Untersuchungsteams arbeiten am Tatort, und die Umstände des Vorfalls werden geklärt", heißt es im Bericht des Pressezentrams.

Das von den unbekannten Angreifern gefahrene Auto hat ein ausländisches Nummernschild, heißt es im Bericht weiter. Bis zum 25. Mai gilt in Transnistrien Terrorismusgefahr der Stufe Rot. Sie wurde Ende April nach einer Reihe von Terroranschlägen auf dem Gebiet der Republik eingeführt.

22:44 de.rt.com: **Südossetien entscheidet am 17. Juli über Beitritt zu Russland**

Die Republik Südossetien wird am 17. Juli eine Volksbefragung über einen Beitritt zur Russischen Föderation abhalten. Dies teilte das Büro des derzeit amtierenden Präsidenten Südossetiens Anatoli Bibilow mit. Bibilow habe ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Die Republik Südossetien in Georgien hat für den 17. Juli eine Volksbefragung über einen Beitritt zur Russischen Föderation angekündigt. Der noch amtierende Präsident Südossetiens Anatoli Bibilow habe ein entsprechendes Dekret unterzeichnet, mit dem ein nationales Referendum über den Beitritt der Republik zu Russland angesetzt wird, wie sein Büro mitteilte. In dem Dekret, das am Freitag auf der Webseite des südossetischen Präsidenten veröffentlicht wurde, heißt es:

"In Übereinstimmung mit der Bestimmung 16 des Artikels 50 der südossetischen Verfassung beschließe ich hiermit, dass das Referendum [über die Vereinigung mit Russland] am 17. Juli 2022 stattfinden soll."

Das Dekret tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft. Früheren Berichten zufolge hat die Zentrale Wahlkommission Südossetiens am Freitag ein Paket von Dokumenten zum Referendum über den Beitritt zu Russland genehmigt und an den Präsidenten weitergeleitet. Kristina Awlochowa, die Sekretärin der Zentralen Wahlkommission, erklärte gegenüber der staatlichen russischen Nachrichtenagentur TASS, dass der Präsident dieses Paket innerhalb von zehn Tagen prüfen und es dem Obersten Gerichtshof der Republik mit der Bitte um Prüfung anhand der geltenden Gesetze vorlegen soll.

Bibilow hatte am 30. März erklärt, dass Südossetien rechtliche Schritte unternehmen werde, um sich Russland anzuschließen. Parlamentschef Alan Tadtajew sagte, dass in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt zu Russland organisiert werden soll. Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Referendums wurden am 6. Mai bei der Zentralen Wahlkommission Südossetiens eingereicht.

In der Zwischenzeit sagte Bibilows kürzlich gewählter Amtsnachfolger Alan Gaglojew in einem Interview mit TASS, dass ein Referendum über den Beitritt seines Landes zu Russland organisiert werden soll, wenn Moskau zu verstehen gibt, dass es Zeit dafür ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627eab09b480cc6b3a31ded3.jpg>

22:55 de.rt.com: **Rotarmisten-Denkmal in der Slowakei geschändet**

Ein Denkmal für die Soldaten der Roten Armee wurde in der westslowakischen Stadt Piešťany geschändet. Dies meldete die russische Botschaft in der Slowakei am Freitag auf ihrem Facebook-Account. Die diplomatische Vertretung [postete](#) ein Bild des verunstalteten Monuments und schrieb dazu:

"Wir sind zutiefst empört über den blasphemischen Akt des Vandalismus gegen das Denkmal der Befreier in der Stadt Piešťany."

Die Botschaft wies darauf hin, dass es sich beim Symbol, mit dem das Denkmal beschmiert wurde, um das Emblem des ukrainischen Neonazi-Regiments Asow handelt. Sie forderte lokale Behörden auf, das geschändete Monument wiederherzustellen und die Verantwortlichen zu bestrafen.



https://scontent.xx.fbcdn.net/v/t39.30808-6/280602068_307097764928464_4291882230093847373_n.jpg?stp=dst-jpg_p280x280&nc_cat=107&ccb=1-6&nc_sid=110474&nc_ohc=9mThhDPXp8QAX-jsJ3&nc_ht=scontent.xx&edm=AN6CN6oEAAAA&oh=00_AT97Hdx4XDPK9ckKjuUW0ImtbZ9KCFnhlhMLxvDQMG9Kfw&oe=6284CDD7

vormittags:

7:00 de.rt.com: Wladimir Selenskij fordert weiteren Druck auf Russland

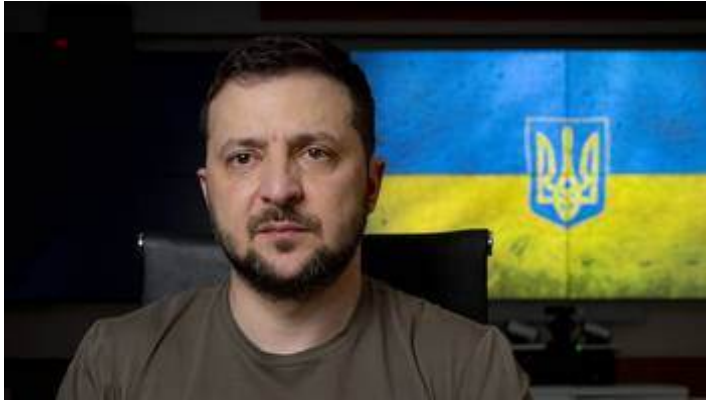
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij fordert noch mehr Druck der internationalen Gemeinschaft auf Russland. Am Freitagabend hat der Politiker in seiner täglichen Videoansprache gesagt:

"Mit jedem Tag des Krieges nehmen die globalen Bedrohungen zu."

Dennoch gebe es Länder, in denen Sanktionen gegen Moskau zurückgehalten würden oder Hilfe für die Ukraine blockiert werde, kritisierte Selenskij. Konkret nannte er jedoch kein Land beim Namen. Dabei sei inzwischen bekannt, dass Russlands Blockade ukrainischer Häfen sowie der Krieg insgesamt eine große Nahrungsmittelkrise provozierten.

"Tatsächlich kann heute niemand vorhersagen, wie lange dieser Krieg dauern wird."

Die Ukrainer täten jedoch alles, um ihr Land schnell zu befreien. Die Priorität sei, den Krieg zu verkürzen. Dazu aber brauche die Ukraine die Hilfe ihrer Partner.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f365748fbef61fc6e9bc2.jpg>

7:31 de.rt.com: Ukrainischer Verteidigungsminister will Armee auf eine Million Kämpfer aufstocken

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hat am Freitagabend auf Facebook das Vorhaben der Regierung bekannt gegeben, eine Millionen Menschen zu mobilisieren. "Wir konzentrieren uns auf die Notwendigkeit, eine Million Menschen, die dem Gegner Widerstand leisten werden, bereitzustellen."

Dem Minister zufolge habe die Regierung Prozesse in Gang gesetzt, die das Verteidigungsvermögen der Ukraine steigern sollen.

8:04 de.rt.com: 124 Häuser im Gebiet Belgorod nach Beschuss aus Ukraine wieder instandgesetzt

Die Behörden des russischen Grenzgebiets Belgorod haben 124 durch Attacken aus der Ukraine beschädigte Häuser wieder instandgesetzt. Wie der Pressedienst des Gouverneurs Wjatscheslaw Gladkow mitteilte, gebe es insgesamt 280 beschädigte Häuser. Man sei gerade dabei, 54 Gebäude in der am 11. Mai unter Beschuss geratenen Ortschaft Solochi zu reparieren. Es gebe Häuser, in denen lediglich ein paar Fensterscheiben auszutauschen seien. Andere Gebäude seien aber ernsthaft beschädigt worden. Durch Attacken aus der Ukraine seien auch 85 Fahrzeuge, darunter PKWs, LKWs und Landwirtschaftstechnik, zu Schaden gekommen. Man werde sie reparieren oder den betroffenen Besitzern eine Entschädigung zahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f42c9b480cc43b50e1c05.jpg>

9:37 (8:37) novorosinform.org: "Ukraine sammelt Kanonenfutter": Botschafter der LVR in Moskau zur Mobilisierung von einer Million Ukrainern

Als Reaktion auf die zunehmende Hilfe aus dem Westen beschloss die Ukraine, ihre Armee

durch den Handel mit Menschenleben zu vergrößern, sagte der Botschafter der LVR in Russland, Rodion Miroshnik.

Der kollektive Westen erhöht seine Einsätze im Stellvertreterkrieg gegen Russland, erhöht die Höhe der Militärhilfe für die Ukraine, und letztere beschließt in ihrem Wunsch, mit ihren Sponsoren Schritt zu halten, „in einen Anteil an lebenden Gütern zu investieren“. Diese Meinung äußerte der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, Rodion Miroshnik, als er die Pläne Kiews kommentierte, eine Million Ukrainer „für den Kampf gegen Russland“ zu mobilisieren.

„Mehrere Parteien haben in ein Vorhaben namens ‚Krieg in der Ukraine‘ investiert – die USA, Großbritannien und Co. stellen Waffen, Munition und Geld zum Überleben bereit, und die Ukraine investiert in ‚menschliche Güter‘ – sie wird Kanonenfutter liefern“, sagte Miroshnik.

Der Botschafter erklärte diese harte Aussage nicht mit dem Wunsch, die Ukrainer zu beleidigen, sondern mit der aktuellen Politik des Kiewer Regimes. Laut dem Diplomaten sind die Menschen für die derzeitigen Behörden der Ukraine wirklich "Kanonenfutter", was nicht schade ist, es zum Schlachthof zu schicken.

"Die Ukraine setzt eine Million Menschenleben aufs Spiel. Ein getötetes und zerstörtes Land zählt nicht, keiner von ihnen wird dort leben", schloss Miroshnik.



https://novorosinform.org/content/images/44/47/44447_720x405.jpg

8:56 de.rt.com: **"Faschistische Aussage" – Reaktionen auf Morawieckis Forderung zur "Auslöschung der russischen Welt"**

Polens Premier Morawiecki bezeichnete die Ideologie der "russischen Welt" als ein Krebsgeschwür, das ausgerottet werden müsste. Die Reaktionen aus Russland auf diese Attacke ließen nicht lange auf sich warten – sie sei "faschistisch, hasserfüllt und verbrecherisch".

Eine Reihe russischer Politiker und Experten haben die jüngsten Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki über Russland scharf kritisiert. Irina Jarowaja, die stellvertretende Sprecherin der russischen Staatsduma, hat dessen Wunsch nach "Auslöschung der russischen Welt" als Verbrechen bezeichnet. Ihrer Meinung nach übersteige "das Ausmaß der Russophobie die Skala aller Barometer". Der Pressedienst der Regierungspartei "Einiges Russland" zitierte Jarowaja mit den Worten:

"Die faschistische Aussage des polnischen Ministerpräsidenten ist nicht nur eine persönliche Schande, sondern auch ein Verrat an der Erinnerung an Tausende von Polen, die von Hitler und Bandera ermordet wurden, sowie an Tausende von Polen, die von sowjetischen Soldaten gerettet wurden. Das ist ein Verbrechen."

Morawiecki, der den russischen Präsidenten Wladimir Putin zuvor bereits bei vielen Gelegenheiten mit dem Nazi-Führer Adolf Hitler und dem sowjetischen Diktator Josef Stalin

verglichen hatte, ging in einem Interview mit der britischen Zeitung The Telegraph so weit zu behaupten, Russlands Staatsoberhaupt sei "noch gefährlicher".

Die sogenannte "russische Welt" sei eine imperialistische Ideologie, "das Äquivalent zum Kommunismus und Nazismus des 20. Jahrhunderts", mit dem Russland "erfundene Rechte und Privilegien für sein Land rechtfertigt", betonte Morawiecki. Er bezeichnete den russischen Nationalismus ferner als "ein Krebsgeschwür, das nicht nur die Mehrheit der russischen Gesellschaft befällt, sondern auch eine tödliche Bedrohung für ganz Europa darstellt". Morawiecki wörtlich:

"Deshalb reicht es nicht aus, die Ukraine in ihrem militärischen Kampf mit Russland zu unterstützen. Wir müssen diese monströse neue Ideologie vollständig ausrotten."

Auch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow nahm Stellung zur Attacke des polnischen Premiers.

"Dies ist die Quintessenz des Hasses auf die Russen, der wahrscheinlich wie Metastasen die gesamte polnische Politik, die gesamte polnische Führung und zu unserem Bedauern auch die polnische Gesellschaft in vielerlei Hinsicht infiziert hat", sagte Peskow.

Der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Staatsduma Leonid Sluzki zog auf seinem Telegram-Kanal eine historische Parallele zum Zweiten Weltkrieg:

"Morawieckis Aussagen erinnern an die Rhetorik des Dritten Reiches. Ich möchte ihn daran erinnern, dass die früheren Persönlichkeiten, die die russische Welt ausrotten wollten, und unter ihnen gab es viel mächtigere Persönlichkeiten als den Herrn Premierminister, auf der Anklagebank des Nürnberger Tribunals landeten."

Der politische Analyst Ruslan Balbek wies gegenüber RT darauf hin, dass die Auslöschung der russischen Welt seit jeher ein Wunsch des Westens sei. Er erklärte:

"Der polnische Premierminister hat nichts Neues gesagt. Der Westen versucht schon seit tausend Jahren, die russische Welt zu zerstören. Die einzige Bedrohung, die wir für sie darstellen, besteht darin, dass wir nicht bereit sind, in die Knie zu gehen und uns als Vasallen westlicher Politiker zu betrachten."

In Bezug auf Erfolgsaussichten des polnischen Premiers äußerte sich der Experte ironisch.

Demnach werde Morawiecki das Scheitern seines Vorhabens mit "gewissen Umständen" und "höherer Gewalt" in seinen künftigen Memoiren rechtfertigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627e8967b480cc6c021cd7e3.jpg>

9:03 de.rt.com: **Scholz erkennt keinen Sinneswandel bei Putin**

Zweieinhalb Monate nach dem Beginn des Ukraine-Krieges hat Bundeskanzler Olaf Scholz keinen Sinneswandel bei Kremlchef Wladimir Putin entdeckt. Dies sagte der SPD-Politiker in einem am Samstag veröffentlichten Interview des Nachrichtenportals t-online. Dabei sei klar, dass Russland keines seiner zu Beginn genannten Kriegsziele erreicht habe. Die Ukraine sei nicht erobert worden, sondern verteidige sich mit viel Geschick, Mut und Aufopferungswillen.

"Die NATO hat sich nicht zurückgezogen, sondern ihre Kräfte an der östlichen Flanke des Bündnisses sogar verstärkt. Und die Allianz wird noch stärker, wenn Finnland und Schweden der NATO beitreten."

Scholz zufolge habe das russische Militär erhebliche Verluste erlitten, weit mehr als in den zehn Jahren des Afghanistan-Feldzugs der Sowjetunion. Putin sollte klar werden, dass ein Ausweg aus dieser Situation nur über eine Verständigung mit der Ukraine führe. Der Bundeskanzler machte indes klar, eine Vereinbarung könne kein Diktatfrieden Russlands sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f4ba448fbef621e7e76f2.jpg>

10:03 (9:03) deu.belta.by: **Makej: Belarus engagiert sich für die schnellstmögliche Beilegung des Konflikts in der Ukraine**

Belarus engagiert sich für die schnellstmögliche Beilegung des Konflikts in der Ukraine auf diplomatischem Wege. Das erklärte der belarussische Außenminister Wladimir Makej bei einer Sitzung des Außenminister-Rates der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Duschanbe, wie der Pressedienst des Außenministeriums mitteilt.

Wladimir Makej betonte in seiner Rede, dass sich Belarus für eine möglichst rasche Beilegung des Konflikts auf diplomatischem Wege auf der Grundlage eines Interessenausgleichs und des Aufbaus eines ausgewogenen und nachhaltigen Mechanismus der europäischen Sicherheit engagiere.

Der Minister wies darauf hin, dass Versuche, die Beteiligung von Belarus und Russland an internationalen Angelegenheiten einzuschränken, nicht zur Lösung der Situation in der Ukraine beitragen, sondern die Aussichten des Friedensverhandlungsprozesses, an dessen Organisation Belarus maßgeblich beteiligt war, zusätzlich gefährden würden.

Der belarussische Außenminister sprach sich auch für die Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den GUS-Ländern und eine engere Koordinierung der außenpolitischen Aktivitäten aus.

Bei der Sitzung tauschten sich die Außenminister über aktuelle Fragen der internationalen Agenda und der Zusammenarbeit innerhalb der GUS aus. Es wurde die aktuelle Lage in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten erörtert, wobei man dem Problem der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen der internationalen Sicherheit besondere Aufmerksamkeit schenkte.

"Es wurden folgende Fragen angesprochen: die Umsetzung des Aktionsprogramms zur Intensivierung der Partnerschaft zwischen den Außenministerien der GUS-Mitgliedstaaten, Umsetzung des Plans für interministerielle Beratungen auf mehreren Ebenen innerhalb der GUS sowie zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, der Jugendzusammenarbeit und des Tourismus", hieß es in der Mitteilung des Pressedienstes des Außenministeriums.

Am Ende der Sitzung wurden Übereinkünfte unterzeichnet, die auf die Intensivierung der

Zusammenarbeit in außenpolitischen und humanitären Bereichen abzielen. Insbesondere haben die Außenminister beschlossen, der belarussischen Notarkammer den Status einer Basisorganisation der GUS-Mitgliedsstaaten im Bereich der notariellen Tätigkeit zu verleihen. Es wurde auch ein Resolutionsentwurf über das internationale Projekt "Jugendhauptstadt der GUS" gebilligt und dem Rat der GUS-Regierungschefs zur Prüfung vorgelegt. Alle Parteien sprachen sich für die Fortsetzung der Umsetzung des Aktionsprogramms zur Intensivierung der Partnerschaft zwischen den Außenministerien aus, um die vielseitige Zusammenarbeit zu stärken.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1652512056_60659_big.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 357 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 23 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 34 ukrainische Nationalisten, ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S5 „Giazint“, 3 mobile 120mm-Mörser, ein chemisches Aufklärungsfahrzeug „Kaschalot“ und 4 leichte Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzerwagen und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

10:31 de.rt.com: **Russlands Vizeaußenminister Alexander Gruschko: "Finnlands Militärsicherheit wird signifikant geschwächt"**

Der russische Vizeaußenminister Alexander Gruschko hat einen möglichen NATO-Beitritt Finnlands scharf kritisiert. Dies werfe viele Fragen nach einem faktischen Verzicht auf den atomwaffenfreien Status des Nachbarlandes auf, erklärte der Diplomat am Samstag. Dies sei eine neue Realität, die Russland berücksichtigen müsse.

"Es reicht nur, einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu begreifen, wie folgenreich die

Erweiterung der Allianz für die Kerninteressen der Sicherheit der Russischen Föderation ist." Obwohl der finnische Präsident Sauli Niinistö und Ministerpräsidentin Sanna Marin in ihrer Ansprache vor dem Parlament erklärt hätten, dass ein NATO-Beitritt die Sicherheit ihres Landes stärken werde, sei allen klar, dass das Gegenteil der Fall sei:

"Finnlands Militärsicherheit wird signifikant geschwächt."

Gruschko verwies darauf, dass die militärische Sicherheit Finnlands über Jahrzehnte hinweg durch die Neutralität des Landes gewährleistet worden sei. Ein NATO-Beitritt würde eine strategische Änderung bedeuten. In diesem Zusammenhang warnte der russische Diplomat vor Konsequenzen. Russland werde alle Faktoren gründlich analysieren und Gegenmaßnahmen beschließen. Vieles werde davon abhängen, welche Infrastruktur die NATO in Finnland und Schweden stationieren werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f617348fbef62240dce5e.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 14.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

8 Mann;

3 Schützenpanzerwagen.

3 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und bewahrten so ihr Leben.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 63

Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm auf die Ortschaften Perwomajsk und Kremennaja abgefeuert.

Durch Beschuss wurde in Kremennaja ein Wohnhaus beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Dank der koordinierten Handlungen der Einheiten der Volksmiliz der LVR wurde das **Werk „Sarja“ in Rubeshnoje vollständig befreit** und von ukrainischen nationalistischen Formationen gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

11:02 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet weitere 13 abgeschossene ukrainische Drohnen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem täglichen Briefing am Samstagvormittag über weitere russische Raketenangriffe auf Militärobjekte in der Ukraine berichtet. Demnach seien mit hochpräzisen Luft-Boden-Raketen fünf Kommandopunkte und zwei Munitionslager in der Nähe der Ortschaften Spornoje und Berestowoje zerstört und bis zu 100 Nationalisten getötet worden. Zugleich hätten Russlands Luftstreitkräfte 43 Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Armee getroffen. Es habe auch zahlreiche Artillerie-Angriffe gegeben, bei denen fast 600 militärische Ziele in der Ukraine getroffen worden seien. Im Laufe der Nacht habe die russische Flugabwehr im Gebiet Charkow, in der Volksrepublik Donezk und in der Volksrepublik Lugansk 13 ukrainische Drohnen abgeschossen. Im Himmel über drei Ortschaften im Gebiet Charkow seien zudem drei reaktive Geschosse des Typs Smertsch abgefangen worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f67b248fbef633b500c9f.jpg>

12:36 (11:36) novorosinform.org: **Trotz der Versuche der Ukraine, dies zu verhindern, gelingt es Gazprom, Europa mit Gas zu versorgen**

Derzeit wird Europa mit den vertraglich vereinbarten Gasmengen im Transit durch die Ukraine beliefert, sagte Gazprom-Sprecher Sergej Kuprijanow.

Trotz der Tatsache, dass Kiew sich geweigert hat, russisches Gas durch „Sochranowka“ zu pumpen, und nur einen Durchgang für den Transit gelassen hat, liefere Russland weiterhin die vertraglich vereinbarten Gasmengen nach Europa. Dies berichtete der Telegram-Kanal „Readovka“ unter Berufung auf die Aussage des offiziellen Vertreters von Gazprom Sergej Kuprijanow.

"Die ukrainische Seite lehnte den Antrag auf Pumpen durch „Sochranowka“ ab. Im Moment beträgt das gelieferte Gasvolumen 64,9 Millionen Kubikmeter, am Tag zuvor betrug das Pumpvolumen 61,97 Millionen Kubikmeter", berichtet der Telegram-Kanal von Kuprijanow. Es sei darauf hingewiesen, dass sich der „Operator GTS Ukraina“ am 11. Mai geweigert hatte, russisches Gas durch das GIS „Sochranowka“ in der LVR nach Europa zu transportieren.



https://novorosinform.org/content/images/44/55/44455_720x405.jpg

nachmittags:

13:10 (12:10) novorosinform.org: **Die Europäische Kommission plant, den Prozess der Beschlagnahme von "illegal erworbenem" Eigentum von Russen zu vereinfachen**

Das Gesetz, das den Prozess der Beschlagnahme von "illegal erworbenem Eigentum" vereinfacht, werde es ermöglichen, Sanktionen gegen Bürger der Russischen Föderation wirksamer anzuwenden, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Kommission Margaritis Schinas.

Mitglieder der Europäischen Kommission erwägen einen Plan zur Vereinfachung des Verfahrens zur Beschlagnahme von „illegal erworbenem“ Eigentum. Die erarbeiteten Maßnahmen sollen unter anderem dafür sorgen, dass Sanktionen gegen Bürger der Russischen Föderation effektiver umgesetzt werden, berichtet TASS unter Bezugnahme auf die Worte des stellvertretenden Vorsitzenden der Europäischen Kommission Margaritis Schinas.

„Die Europäische Kommission wird einen Vorschlag zur Modernisierung des EU-Rechtsrahmens in Bezug auf die Einziehung von Eigentum vorlegen, um die Befugnisse der nationalen Behörden zur Identifizierung, Einfrierung, Beschlagnahmung und Verwaltung illegal erzielter Erlöse zu erweitern“, wurde Schinas von den Medien zitiert.

Der stellvertretende Vorsitzende der EK fügte hinzu, dass sich diese Einnahmen in der EU auf etwa 139 Milliarden Euro beliefen, und betonte außerdem, dass von dieser Summe nur ein Prozent abgezogen werde.



https://novorosinform.org/content/images/44/57/44457_720x405.jpg

12:31 de.rt.com: **Deutschland stellt sich gegen grünes EU-Label für Atomkraft**

Der europäische Streit um die Förderung der Atomenergie und ihre Einstufung als klimaneutral dauert an: Deutschland hat erneut angekündigt, ein Veto gegen den Beschlussvorschlag der Europäischen Kommission einzulegen, der den Bau von Atomkraftwerken begünstigen würde.

Deutschland wird sich wie angekündigt gegen ein von der EU-Kommission vorgeschlagenes Nachhaltigkeitslabel für Atomkraft aussprechen. Die Bundesregierung habe der französischen Ratspräsidentschaft erklärt, ein Veto gegen den entsprechenden ergänzenden Rechtsakt einlegen zu wollen. Das teilte das Finanzministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in der Nacht zu Samstag mit. Wenn die EU-Staaten oder das Europaparlament Einwand erheben würden, könne verhindert werden, dass der Rechtsakt in Kraft trete, so das Finanzministerium. Frankreich hat in Brüssel derzeit turnusgemäß den Vorsitz unter den EU-Staaten inne.

Der Europaabgeordnete Rasmus Andresen reagierte erfreut auf die Nachricht aus Berlin. "Das deutsche Nein ist eine Ohrfeige für die EU-Kommission. Der Druck auf Ursula von der Leyen, diesen Irrweg zu beenden, steigt", sagte der Sprecher der Grünen-Delegation. Die Grünen forderten nun auch andere Mitgliedsstaaten dazu auf, Einspruch gegen den Kommissionsvorschlag einzulegen. Im Juli soll das EU-Parlament über seine Position zu dem Vorschlag abstimmen.

Die Kommission der Europäischen Union hatte Anfang Februar einen Beschluss vorgelegt, der Atomenergie und Erdgas künftig unter bestimmten Voraussetzungen als nachhaltig und klimafreundlich einstuft. Der Beschluss ist Teil der sogenannten Taxonomie, also eines einheitlichen Verfahrens zur Klassifizierung von Technologien als klimafreundlich oder nicht. Bei der sogenannten Taxonomie geht es um ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen.

Die Einstufung von bestimmten Geldanlagen als nachhaltig soll Investoren anlocken, um die Energiewende voranzubringen. Bislang sind unter anderem erneuerbare Energien in der Taxonomie als klimafreundlich eingestuft. Zweck des neuen Klassifizierungssystems ist es, mehr Investitionen in "grüne" Wirtschaftsbereiche anzuregen.

Die EU will bis 2050 komplett klimaneutral werden. Dazu bedarf es, laut Schätzungen Brüssels, Investitionen im Umfang von 350 Milliarden Euro.

Die Beschlussvorlage aus Brüssel stufte Investitionen in neue Gaskraftwerke bis zum Jahr 2030 als umweltfreundlich ein – vorausgesetzt, dass sie alte Kohlekraftwerke ablösen und bis 2035 ausschließlich mit klimafreundlicheren Ressourcen wie Wasserstoff betrieben werden können.

Atomkraftwerke sollten sogar bis zum Jahr 2045 als klimafreundlich gelten können, sofern bis zum Jahr 2050 Maßnahmen zur endgültigen Lagerung von radioaktiven Abfallstoffen vorgelegt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f72c048fbef633b500ca6.jpg>

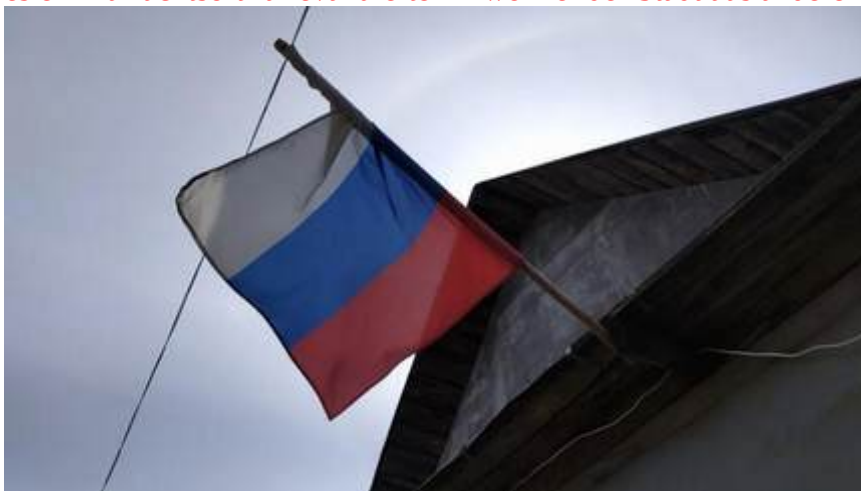
13:36 (12:36) novorosinform.org: **Das Büro des Militärkommandanten der LVR nahm seine Arbeit in der von ukrainischen Kämpfern befreiten Stadt Popasnaja auf**

Die Militärkommandantur der Volksrepublik Lugansk begann, auf den Straßen zu patrouillieren und die Bewohner des befreiten Popasnaja mit den notwendigen Produkten zu versorgen.

Das Büro des Militärkommandanten der LPR nahm seine Arbeit im von ukrainischen Kämpfern befreiten Popasnaja auf. Jetzt inspizieren die Soldaten das Gebiet und helfen den Anwohnern, berichtet RIA Novosti.

"Wir haben bereits mit der Arbeit in Popasnaja begonnen. Jetzt inspizieren wir das Gebiet und identifizieren Orte, an denen Anwohner geblieben sind, wir liefern ihnen Brot und Lebensmittel", sagte ein Vertreter der Militärkommandantur.

Laut RIA Novosti haben die Mitarbeiter der Kommandantur den Einwohnern von Popasnaja bereits die erste Ladung frisches Brot und andere wichtige Produkte übergeben. Alle Waren wurden zu einem der am wenigsten vom Beschuss beschädigten Häuser gebracht. Zuvor war es ein Zufluchtsort für evakuierte Einwohner der Stadt aus anderen, gefährlicheren Gegenden.



https://novorosinform.org/content/images/44/59/44459_720x405.jpg

13:56 (12:56) deu.belta.by: **Meinung: Vertreter der modernen europäischen Elite sind geistige Erben des Nazismus**

Wir bewahren den geistigen Kern der Erben des Sieges. Das sagte Wjatscheslaw Danilowitsch, Rektor der Akademie für öffentliche Verwaltung beim Präsidenten von Belarus. In einem Interview mit der Telegraphenagentur BelTA wurde er auf das Wiederaufleben des Nazismus in Europa angesprochen.

Vertreter der modernen europäischen Elite seien in vielerlei Hinsicht die Erben der NS-Politik, sagte Danilowitsch. „Ich glaube, dass die moderne europäische Elite in ihrer Mehrheit die Masken abgerissen hat und ausdrücklich zeigt, dass sie geistig den NS-Ideen hinterher eifert. Aufrufe zum Abriss von Denkmälern für sowjetische Befreiungskämpfer sind ein anschaulicher Beweis dafür, dass die moderne europäische Elite leider in vielerlei Hinsicht der geistige Erbe des Nazismus und der NS-Politik ist“, so der Historiker.

Der Vorfall mit dem Siegesdenkmal in Riga könne im Endeffekt zu tragischen Folgen führen, wenn man die europäische Gemeinschaft weiter gegen die russische Bevölkerung aufbringen werde, sagte er. „Wenn diese ‚Genossen‘ die NS-Politik als Orientierung nehmen, wohin gelangen sie denn mit dieser Politik? Einst hat der Nazismus versagt: Seine Ideen konnten nicht umgesetzt werden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die meisten Menschen geistig kräftig genug und in der Lage sind, den Versuchen des Wiederauflebens des nazistischen Gedankenguts zu widerstehen. Hier stehen sowohl die Russische Föderation als auch die Republik Belarus an vorderster Front, denn in unseren Ländern ist der geistige Kern der Erben des Sieges erhalten geblieben. Unsere Völker sind imstande, dem Wiederaufleben des Nazismus im modernen Europa Paroli zu bieten“, betonte Wjatscheslaw Danilowitsch.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1652525854_60665_big.jpg

13:08 de.rt.com: **G7-Staaten wollen Ukraine notfalls jahrelang Waffen liefern**

In ihrer am Samstag verabschiedeten Erklärung zeigen sich die Außenminister der Gruppe der Sieben (G7) bereit, den ukrainischen Streitkräften notfalls noch jahrelang Waffen zu liefern. "Wir werden unsere laufende Militär- und Verteidigungshilfe für die Ukraine so lange wie nötig fortsetzen."

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine sei unprovokiert, durch nichts zu rechtfertigen und rechtswidrig, heißt es. Die Ukraine habe das Recht, sich zu verteidigen. Von Russland verschobene Grenzen würden "niemals" anerkannt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f8986b480cc3bf6483a9c.jpg>

14:30 (13:30) novorosinform.org: **Der Westen erlaubte Kiew nicht, Transnistrien anzugreifen**

Selenskyj sagte, er sehe keine große Bedrohung durch Pridnestrowien, deshalb beabsichtige er nicht, eine Militäroperation gegen die PMR durchzuführen.

Die Ukraine sieht keine Gefahr durch eine mögliche Offensive einer "russischen Gruppierung" aus dem Gebiet Transnistriens, dies möge eine Herausforderung, aber keine wirkliche Bedrohung für Kiew sein. Dies berichtete der Telegram-Kanal Pridnestrowiens unter Berufung auf Aussagen von Selenskyj in einem Interview für den italienischen Fernsehsender Rai 1.

„Es könnte einen Angriff aus Transnistrien geben, 100% der Menschen dort werden von Russland kontrolliert. Das Militär dort ist sowohl lokal als auch russisch. Es könnte bis zu 15.000 Soldaten geben, aber sie sind nicht sehr bereit. Sie haben keine Grenzen zur Russische Föderation, sondern nur zu uns und Moldawien. Sie können zusätzliches Militär nur aus der Luft verlegen, zum Beispiel Luftlandetruppen“, zitiert der Telegram-Kanal den Präsidenten der Ukraine.

"Pridnestrowiez" erklärte eine solche Äußerung von Zelenskij mit dem Druck der westlichen Länder und sagte, dass "der Westen der Ukraine kein grünes Licht für eine Militäroperation auf dem Gebiet der DMR gegeben hat"



https://novorosinform.org/content/images/44/61/44461_720x405.jpg

14:07 de.rt.com: **Putin bespricht mit Niinistö Finnlands NATO-Pläne und Ukraine-Krieg**

Der finnische Präsident Sauli Niinistö hat am Samstag den russischen Staatschef Wladimir Putin angerufen. Nach Angaben des Kremls besprachen die Politiker einen möglichen Beitritt Finnlands zur NATO und die Situation in der Ukraine. Putin versicherte Niinistö, dass es keine Sicherheitsgefahren für das Nachbarland gebe. Ein Verzicht auf den neutralen Status wäre ein Fehler. Ein solcher Schritt könnte die russisch-finnischen Beziehungen beeinträchtigen.

In Bezug auf den Ukraine-Krieg sagte der russische Präsident, dass die Regierung in Kiew die Verhandlungen zwischen russischen und ukrainischen Vertretern faktisch eingestellt habe. Kiew zeige kein Interesse an einem ernsthaften und konstruktiven Dialog mit Moskau.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f9b1db480cc3370214c1d.jpg>

15:25 (14:25) novorosinform.org: **Im Donbass wächst die Zahl der Kosakenbataillone - an der Front stehen bereits 4.000 Kosakensoldaten**

In naher Zukunft wird die Zahl der an der Spezialoperation teilnehmenden Kosaken auf 5,5 Tausend steigen und drei weitere Kosakenabteilungen werden sich den Kämpfen um den Donbass anschließen.

Mehrere Gruppierungen russischer Kosaken kämpfen an der Front im Donbass, berichtet „Readovka“. Laut dem Kanal gibt es derzeit im Bereich der Spezialoperation zwei Kosakenregimenter und mehrere Bataillone, wobei etwa 4.000 Kosaken aus allen russischen Kosakenverbänden und -organisationen an der Seite von Soldaten der russischen Streitkräfte kämpfen.

"Kosaken des nach Ataman Platow benannten Regiments, Kuban Bataillons „Ataman Tschepega“ und des 1. Krim-Regiments kämpfen. Kosaken der Don- und Tavrda-Einheiten haben sich auf das Schlachtfeld begeben", heißt es in der Nachricht.

Es wird darauf hingewiesen, dass in naher Zukunft drei weitere Kosakeneinheiten in den Donbass gehen werden, wonach die Zahl der an der Spezialoperation teilnehmenden Kosaken auf 5,5 Tausend steigen wird.



https://novorosinform.org/content/images/44/49/44449_720x405.jpg

14:35 de.rt.com: **Baerbock bremst Kiews Hoffnungen auf zügige Weitergabe russischer Gelder**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat am Samstag nach einem G7-Außenministertreffen in Weißenhaus an der Ostsee erklärt, ein Zugriff auf eingefrorenes Geld

sei juristisch alles andere als einfach. Es gebe zwar einige gute Gründe, diesen Weg zu beschreiten, Sanktionen und gerade ein solcher Schritt müssten aber auch vor dem deutschen Recht und dem Europäischen Gerichtshof Bestand haben.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hatte Deutschland und die anderen G7-Staaten bei dem Treffen in Schleswig-Holstein gebeten, Gesetze zu verabschieden, um Vermögenswerte des russischen Staates zu beschlagnahmen und der Ukraine für den Wiederaufbau des Landes zur Verfügung zu stellen. Die Rede sei von hunderten Milliarden US-Dollar in Europa. Russland müsse politisch, wirtschaftlich, aber auch finanziell für den Krieg bezahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627f9e66b480cc3dd8059fcb.jpg>

16:18 (15:18) deu.belta.by: **Golowtschenko: Sanktionen gegen Belarus und Russland bringen Weltwirtschaft ins Wanken**

Sanktionen gegen Belarus und Russland bringen die gesamte Weltwirtschaft ins Wanken. Das sagte der belarussische Premierminister Roman Golowtschenko in einem Interview mit dem Fernsehsender Al Arabiya.

„Das Ziel der Sanktionen war es, Belarus und Russland schnell in die Knie zu zwingen, aber wir sehen ja, wozu sie geführt haben, und zwar weltweit. Die Sanktionen haben eine Kehrseite – das sind Probleme mit Lebensmitteln, Düngemitteln, steigenden Energiepreisen (Europa steht jetzt unter Schock) und Inflation. Das heißt, die Sanktionen bringen die gesamte Weltwirtschaft ins Wanken“, sagte Roman Golowtschenko.

„Belarus war einer der wichtigsten Kraftstofflieferanten für den europäischen Markt, insbesondere von Dieselmotorkraftstoff“, sagte Golowtschenko. „Es gibt nicht genügend Kapazitäten für Dieselmotorkraftstoff in Europa. Wir sehen, dass die Kraftstoffpreise an den Tankstellen in Europa ab 2 € pro Liter beginnen. Das ist die umgekehrte Wirkung von Sanktionen“, sagte der Premierminister.

Hinzu kommt, dass die Lebensmittelpreise weltweit Rekorde brechen. „Die UNO und ihre Teilorganisationen schlagen Alarm. Die Welt steht vor einer Hungersnot. Aber Washington und seine Verbündeten scheinen sich nicht darum zu kümmern“, empörte sich der belarussische Regierungschef.

„Sanktionen sind ein sehr gefährliches Instrument, das ohne jegliche Regeln eingesetzt wird. Es ist sehr schwierig, das Ergebnis vorherzusagen“, resümierte Roman Golowtschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1652534383_60668_big.jpg

16:34 (15:34) novorosinform.org: **Ukrainische Streitkräfte beschossen Perwomajsk mit schwerer Artillerie – Tausende Menschen blieben ohne Strom**

Ukrainische bewaffnete Formationen haben zum zweiten Mal an einem Tag die Frontstadt in der LVR beschossen.

Etwa 2500 Abnehmer blieben in Pervomajsk aufgrund eines Artillerieangriffs der Streitkräfte der Ukraine ohne Strom.

Nach Angaben der Repräsentanz der LVR im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination (GZKK) feuerten die Streitkräfte der Ukraine um 15:15 Uhr acht Granaten auf die Stadt ab. Weitere 6 Granaten des gleichen Kalibers wurden um 10:50 Uhr abgefeuert. „Infolge des Beschusses in der ersten Tageshälfte wurden Schäden am Stromnetz verzeichnet. Fast 2500 Anschlüsse in verschiedenen Stadtteilen blieben ohne Strom. Außerdem gibt es nach vorläufigen Angaben im Ergebnis der Beschießung Schäden an einem Gewerbeobjekt und Schäden an der Verglasung an fünf Adressen“, sagte der Leiter der Stadtverwaltung Sergej Koljagin.

Angaben zu den Opfern und Schäden infolge des zweiten Beschusses werden noch erfasst.



https://novorosinform.org/content/images/44/64/44464_720x405.jpg

15:45 de.rt.com: **Plan zur Offensive bis an die russische Grenze auf der "Asow"-Basis**

entdeckt

In einem der Stützpunkte des nationalistischen Regiments "Asow" (gegen dessen Kämpfer in Russland ein Strafverfahren eingeleitet wurde) in Mariupol haben die Kräfte der Volksrepublik Donezk einen militärischen Plan zur Einkreisung und Einnahme der Stadt Nowoasowsk in der Volksrepublik Donezk mit weiterem Zugang zur russischen Grenze gefunden. Dies teilt die Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit Berufung auf eine Quelle in den Sicherheitsbehörden der Volksrepublik am Sonnabend mit.

Die Quelle von RIA Nowosti behauptet, dass die Karte die Standorte der Asow-Kräfte in und um Mariupol zeigt und hervorhebt. Die Pfeile zeigen die Einheiten, die sich in Richtung Nowoasowsk bewegen sollten, jede in ihrer eigenen Richtung. Als Ziel soll auf dieser Karte die Einkreisung der Stadt und das Vorrücken des Regiments an die russische Grenze dargestellt sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627fae8548fbef6712504e78.jpg>

16:50 (15:50) novorosinform.org: **Das Ministerium für Notsituationen der Russischen Föderation hat die Informationen über die Evakuierung der Grenzgebiete der Region Belgorod dementiert**

Bewohner von Grenzdörfern erhielten Anrufe von unbekannten Nummern wegen einer angeblich geplanten Evakuierung.

Der Pressedienst der Regionalabteilung Belgorod des Ministeriums für Notsituationen der Russischen Föderation dementierte Informationen über Pläne zur Evakuierung der Grenzdörfer der Region Belgorod.

Die Behörde teilte mit, dass Einwohner der Region berichten, dass sie Anrufe von unbekannten Nummern von Personen erhalten, die sich als Mitarbeiter des Ministeriums für Notsituationen vorstellen und berichten, dass ab dem 15. Mai die Evakuierung von Einwohnern aus Grenzgebieten vorbereitet würde.

„Diese Information ist nicht wahr und eine Fälschung“, betonte die Regionalabteilung des russischen Katastrophenschutzministeriums.



https://novorosinform.org/content/images/44/65/44465_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: **Lawrow: "Der Westen hat Russland den totalen hybriden Krieg erklärt"**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat auf der 30. Sitzung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) am Sonnabend unverblümte Aussagen zu der gegenwärtigen außenpolitischen Situation Russlands getätigt. Unter anderem sagte er, dass der Westen Russland einen totalen hybriden Krieg erklärt habe. Es sei schwer vorherzusagen, wie lange dieser Krieg dauern werde, aber die Folgen würden ausnahmslos alle zu spüren bekommen.

Moskau habe alles getan, "um eine direkte Konfrontation zu vermeiden", sagte der russische Außenminister, jedoch:

"Wenn wir herausgefordert werden, nehmen wir die Herausforderung natürlich an."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627fb1e8b480cc3a836e7df0.jpg>

17:30 (16:30) rusvesna.su: **Angriff auf „Asowstal“ beginnt**

Die Ressourcen des neonazistischen Asow-Regiments berichten, dass derzeit das Asowstal-Werk mit Panzern und Infanterie gestürmt wird.

Auch Fliegerbomben würden auf das Unternehmen abgeworfen.

Die Informationen werden mit Fotos der letzten Schlachten [illustriert](#).

17:00 de.rt.com: **Özdemir kritisiert bei G7-Treffen Indiens Ausfuhrstopp für Weizen**

Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) hat sich für offene Märkte ausgesprochen und den indischen Exportstopp für Weizen kritisiert. "Wir haben alle miteinander, gerade die großen Exportnationen, auch eine Verantwortung für den Rest der Welt", sagte Özdemir am Samstag in Stuttgart nach Abschluss des Treffens mit seinen Amtskollegen der G7-Industriestaatengruppe. "Ich sehe das sehr kritisch", sagte er mit Blick auf die Entscheidung Neu Delhis.

Die G7 sprechen sich Gastgeber Özdemir zufolge grundsätzlich gegen Exportstopps aus. "Wir rufen dazu auf, die Märkte offen zu halten." Indien als weltweit zweitgrößter Weizenproduzent hatte zuvor angekündigt, die Ausfuhr des Getreides mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Die Entscheidung sei angesichts des Anstiegs der weltweiten Weizenpreise getroffen worden, wodurch Neu Delhi die Lebensmittelsicherheit Indiens gefährdet sieht.

18:02 (17:02) novorosinform.org: **Das polnische Verteidigungsministerium kündigte die Entsendung eines Kontingents in die Ukraine an**

Der polnische Verteidigungsminister erklärte, warum die Entsendung der ersten Gruppe polnischer Sicherheitskräfte in die Ukraine nicht bedeute, westliche Truppen an die Front zu schicken.

Polen ist bereit, im Rahmen von Minenräumarbeiten ein begrenztes Kontingent in die Ukraine zu entsenden. Dies erklärte der Leiter des polnischen Verteidigungsministeriums, Mariusz Blaszczak, laut dem Telegram-Kanal „Whisper“.

Als offizielles Ziel der Entsendung von Sicherheitskräften in die Ukraine nennt das polnische Verteidigungsministerium die Verhinderung einer "internationalen Ernährungskrise".

Der polnische Minister betonte auch, dass die Gruppe nur aus Polizisten bestehen solle.

„Das Militär darf nicht dabei sein, damit die Russen das nicht als Entsendung von Truppen durch den Westen in die Ukraine empfinden“, erklärte Blaszczak.



https://novorosinform.org/content/images/44/67/44467_720x405.jpg

18:24 (17:24) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine sprengten die Schleuse des Stausees im Donbass**

Mehrere Siedlungen der Republik Lugansk seien von Überschwemmungen bedroht. Ukrainische bewaffnete Formationen sprengten das Tor zum Mironowskij-Stausee in der Kampfzone in Richtung Lugansk der Front. Andrej Marotschko teilte dies in seinem Telegram-Kanal mit.

"Anwohner aus dem besetzten Gebiet berichten, dass die BFU das Tor vom Mironowskij-Stausee gesprengt haben", heißt es in der Nachricht.

Später wurde auf dem Kanal ein [Video](#) mit den Folgen der Explosion veröffentlicht.

„Einige Siedlungen der LVR sind von Überschwemmungen bedroht“, schrieb Marotschko.



https://novorosinform.org/content/images/44/68/44468_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 14. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben den **Zugang der Verwaltung von Mariupol zum Internet wiederhergestellt**, außerdem wurde die allgemeinbildende Schule in Mangusch ans Internet angeschlossen.

In Rybinskoje wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 19 Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

286 Personen wurden auf die Listen des Arbeitsamts aufgenommen, 256 Personen erhielten befristete Arbeitsverträge.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 1897 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 7 Hektar Territorium kontrolliert und 3355 explosive Objekte entdeckt. Außerdem wurden die Wärmeisolierung an 2 Objekten in Mariupol wiederhergestellt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10329 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Olginka und Bloagodatnoje wurden je 20 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Orloskoje 24 nach Dmitrowka 36.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser geliefert.

In den befreiten Territorien wurden 10 Tonnen Brot produziert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein

aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:30 de.rt.com: **Zypern will nicht alle EU-Sanktionen gegen Russland umsetzen**

Die zyprische Regierung will weitere EU-Sanktionen gegen Russland mittragen, aber keine Maßnahmen umsetzen, die "Sanktionen gegen einen EU-Mitgliedsstaat" darstellen. Das sagte der Präsident der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, am Samstag laut dpa. Konkrete Maßnahmen, um die es gehen könnte, nannte er nicht. Zypern hatte sich allerdings zuvor genauso wie auch Malta und Griechenland gegen ein Transportverbot von russischem Öl in Drittländer ausgesprochen. Die drei Staaten fürchten, dass ihre Reedereien dadurch benachteiligt sein könnten.

Zypern habe zum sechsten Sanktionspakets der EU gegen Russland "bereits einige Bedenken geäußert", sagte Anastasiades. Die Sanktionen müssten ihm zufolge "zielgerichtet sein". Auf die Frage, ob Zypern möglicherweise ein Veto gegen spezifische Sanktionen einlegen würde, antwortet Anastasiades ausweichend:

"So etwas gibt es nicht. Aber es ist möglich, dass wir einige der vorgeschlagenen Maßnahmen (...) nicht umsetzen werden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627fc896b480cc3a836e7e03.jpg>

abends:

19:08 (18:08) belta.by: **Staatskomitee für Militärindustrie: Wir beliefern die belarussischen Streitkräfte mit 100 % belarussischen Produkten**

Wir beliefern die belarussischen Streitkräfte mit 100% belarussischen Produkten, sagte Dmitri Pantus, Vorsitzender des Staatskomitees für Militärindustrie (GWPK), auf Sendung des Fernsehsenders Belarus 1, berichtet BelTA.

„Es sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass das Treffen, das am 10. Mai stattfand, sehr relevant war und die Sorge deutlich machte, die das Staatsoberhaupt in Bezug auf die Gewährleistung der Sicherheit unseres Staates zeigt“, sagte Dmitri Pantus. „Diese lokalen Konflikte, die derzeit in der Nähe unserer Grenzen stattfinden, lassen gewisse Schlussfolgerungen zu, und es kann festgestellt werden, dass die Entwicklungsrichtungen, die wir für das Staatliche Militärindustriekomitee und unsere Unternehmen festgelegt haben, unserer Meinung nach heute richtig sind. Und solche Bereiche wie Kommunikation, ein automatisiertes Kontrollsystem, Kleinwaffen, Modernisierung von sowjetischen Produkten, elektronische Kampfausrüstung, elektronische Intelligenz - das sind genau die Bereiche, in denen wir jetzt eine sehr gute Basis und allgemein gute Kompetenzen haben.“

Der Vorsitzende des GWPK erklärte: „Wir liefern 100 % belarussische Produkte an die belarussischen Streitkräfte. Dies ist unter anderem angesichts des Sanktionsdrucks, der auf unser Land ausgeübt wird, ein sehr wichtiger Aspekt und lässt uns zuversichtlich in die Zukunft blicken“.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1652544656_501841_big.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 14.5.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 220 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression wurde **ein Zivilist verletzt**. 6 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 30 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für 120mm-Mörser, einen Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Außerdem möchte ich anmerken, dass westliche Länder die ukrainischen Nationalisten direkt anleiten. **Die Aufklärung hat festgestellt, dass britische Instruktoren bereits 12 Tage vor Beginn der Spezialoperation in Kramatorsk im Stab der OOS (ATO) arbeiteten.** Es muss angemerkt werden, dass seinerzeit der Erlass des „blutigen Pastors“ Turtschinow über die Durchführung der ATO der Beginn des achtjährigen Kriegs der Ukraine gegen den Donbass war. Britische Instruktoren sind nach wie vor an der Leitung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an der Front beteiligt, in „Asowstal“ ist die Anwesenheit kanadischer Soldaten festzustellen. Dabei nimmt die direkte Beteiligung von westlichen Söldnern, Instruktoren und professionellen Militärs an Kampfhandlungen auf Seiten der ukrainischen Nazis nur zu. **Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 16 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige

Generationen werden.

Am 7. April 2022 geriet der Gardeunteroffizier Konstantin Alexandrowitsch Tkatschenko, stellvertretender Kommandeur eines Pionierzugs eines Panzergrenadierbataillons bei der Befreiung von Mariupol bei der Erstellung eines Durchgangs in einem Minenfeld in eine Falle von Nationalisten. Unter stürmischem Feuer des Feindes geriet er nicht in Verwirrung, nahm eine günstige Feuerposition ein und kämpfte selbstlos gegen die überlegenen Kräfte des Gegners. Selbst als er verletzt wurde, setzte Gardeunteroffizier Tkatschenko den Widerstand fort und hielt die Verteidigung bis ihm Kampfgenossen zur Hilfe kamen. Während des Kampfes vernichtete Gardeunteroffizier K.A. Tkatschenko neun Feinde und zeigte den Nationalisten die wahre Seelenstärke eines russischen Soldaten.

18:30 de.rt.com: **Sacharowa wirft Baerbock Dummheit oder bewusste Irreführung vor**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa widersprach am Abend den Aussagen der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock, Preissteigerungen für Lebensmittel und globaler Hunger drohten wegen des Krieges in der Ukraine einzutreten. Tatsächlich [schrieb](#) Sacharowa in ihrem Telegram-Account, stiegen die Preise "aufgrund der Sanktionen, die der kollektive Westen auf Druck der USA verhängt hat".

Wenn dieser "direkte Zusammenhang" nicht verstanden werde, dann sei dies "Zeichen entweder von Dummheit oder bewusster Irreführung der Öffentlichkeit".

Auch der Zusammenbruch der ukrainischen Staatlichkeit sei das Werk des kollektiven Westens, das "unter anderem die Vorgänger von Frau Baerbock" handwerklich meisterhaft ausführten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627fda96b480cc434e45ac3f.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat das Verbot über die Einfuhr von Waren aus den Oblasten Charkow, Cherson und Saporoschje der Ukraine auf das Zollgebiet der DVR aufgehoben, das offiziell seit 2017 galt.